

Matthes, Jürgen

Working Paper

Strukturreformen der Krisenländer: Bestandsaufnahme und Abschätzung der Relevanz für Wachstum und Währungsraum

IW Policy Paper, No. 5/2015

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Matthes, Jürgen (2015) : Strukturreformen der Krisenländer: Bestandsaufnahme und Abschätzung der Relevanz für Wachstum und Währungsraum, IW Policy Paper, No. 5/2015, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/107145>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Strukturreformen der Krisenländer

Bestandsaufnahme und Abschätzung der Relevanz für Wachstum und Währungsraum

Autor: Jürgen Matthes
Telefon: 0221 4981-754
E-Mail: matthes@iwkoeln.de

Inhalt

Zusammenfassung	3
1. Relevanz von Strukturreformen	4
1.1. Relevanz von Strukturreformen für die Wachstumsschwäche	4
1.2. Relevanz von Strukturreformen für den Währungsraum	5
1.3. Gliederungsüberblick	8
2. Indikatoren zu Arbeits- und Produktmarktreformen	8
2.1. OECD-Indikatoren zur Marktrigidität	9
2.2. Weltbank: Doing Business Indikatoren	12
3. Reformen der Arbeitsmarktregulierung im Überblick	13
3.1. Überblick	13
3.2. Länderfokus	14
4. Reformen der Lohnfindungssysteme	15
4.1. Überblick	16
4.2. Länderfokus	17
5. Produktmarktreformen im Überblick	19
5.1. Überblick	19
5.2. Länderfokus	20
5.3. Fokus Unternehmensgründungen	22
6. Reformwirkungen auf die Lohn- und Arbeitsmarktentwicklung	22
7. Verringerung der Heterogenität zwischen den Euroländern	24
8. Fazit und Ausblick	25
8.1. Fazit	25
8.2. Reformhemmnisse	27
8.3. Ausblick	28
Literatur	30

Zusammenfassung

Die krisenhafte Entwicklung seit 2008 hat verschiedene ökonomische Probleme des Euroraums aufgedeckt und verschärft. Sie betreffen zum einen die Funktionsfähigkeit der Währungsunion im Kontext der Theorie des optimalen Währungsraums. Hier geht es neben einer bislang zu großen Heterogenität der Euroländer vor allem um die mangelnde Reagibilität von Löhnen und Preisen in Südeuropa. Letzteres hat vor der Krise maßgeblich zu den entstandenen ökonomischen Ungleichgewichten und im Gefolge der Krise zu einem sehr starken Anstieg der Arbeitslosigkeit beigetragen. Zum anderen zeigte sich, dass vor allem die südeuropäischen Krisenländer unter strukturellen Wachstumsschwächen litten, die nicht zuletzt im Zusammenhang mit rigiden Märkten stehen. Weitere Probleme dämpfen in kurz- bis mittelfristiger Sicht das Wachstum: So ist es vor der Krise zu einer Fehlallokation von Ressourcen im Sektor nicht handelbarer Güter gekommen, der nun zu korrigieren ist. Zudem erhöhte die globale Finanzkrise die Staatsschulden und die hohen Leistungsbilanzdefizite der meisten Krisenländer führten zu steigenden Schulden im Privatsektor.

Strukturreformen in den südeuropäischen Krisenländern adressieren diese Probleme: Sie verringern die Heterogenität der Euroländer, steigern die Flexibilität von Löhnen und Preisen und erleichtern den Strukturwandel. So erhöhen sie die Funktionsfähigkeit der Währungsunion. Zudem verbessern sie Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven. Hier wird aufgezeigt, dass die südeuropäischen Euroländer – trotz des verbleibenden Reformbedarfs – deutliche Reformfortschritte erzielt haben:

- Bei der Beschäftigungsschutzregulierung erreichten Portugal, Griechenland und Spanien zwischen 2008 und 2013 die größten Verbesserungen in der EWU.
- Bei der Flexibilisierung der Lohnverhandlungssysteme hat vor allem Griechenland große Fortschritte gemacht, deutliche Reformen gab es aber auch in Spanien, Portugal und Italien (in absteigender Reihenfolge).
- Die Produktmarktliberalisierung haben vor allem Griechenland und Portugal seit 2008 sehr deutlich flexibilisiert, Italien folgt mit einem gewissen Abstand.
- Besondere Fortschritte sind in allen südeuropäischen Krisenländern bei administrativen Vorschriften für Unternehmensgründungen zu verzeichnen.

Es zeigen sich erste Hinweise, dass die Strukturreformen zu einer größeren Lohnflexibilität und einer besseren Arbeitsmarktpformance beigetragen haben. Zudem hat sich die Heterogenität zwischen den Euroländern deutlich verringert – gemessen als Standardabweichung von Indikatoren zum Beschäftigungsschutz und zur Produktmarktregulierung. Schließlich scheint es so, dass die Reformen beginnen, die erhoffte Wachstumsdividende abzuwerfen, wie die jüngere relativ gute BIP-Entwicklung der vormaligen Krisenstaaten Griechenland, Spanien und Portugal zeigt. Allerdings bleiben Risiken für die weitere Fortführung des Reformkurses.

1. Relevanz von Strukturreformen

Die gegenwärtige Wachstumsschwäche im Euroraum droht sich zu verstetigen. Zudem offenbart die Euro-Schuldenkrise ökonomische Schwächen der südlichen Euroländer, aber auch der Europäischen Währungsunion (EWU). Strukturreformen können wesentlich dazu beitragen, diese Probleme zu lösen. Tatsächlich haben die Krisenländer, wie hier gezeigt wird, in erheblichem Ausmaß Strukturreformen umgesetzt – sei es durch den Druck der Troika, des Finanzmarktes oder durch hohe Arbeitslosigkeit. Diese Reformen dürften das mittelfristige Wachstumspotenzial stärken und die Funktionsfähigkeit des Währungsraums deutlich verbessern. Zur Untermauerung dieser These liefert dieses Policy Paper eine überblicksartige Bestandsaufnahme der Strukturreformen in den Krisenländern.

Zunächst gilt es jedoch kurz zu begründen, warum Strukturreformen die geschilderten Probleme direkt adressieren.

1.1. Relevanz von Strukturreformen für die Wachstumsschwäche

Die aktuelle Wachstumsschwäche – verbunden mit einer sehr hohen Arbeitslosigkeit – ist in erster Linie eine Folge von vorangegangenen ökonomischen Fehlentwicklungen. Im Zuge überhitzter Konjunkturen, Immobilienblasen und der globalen Finanzmarktkrise haben Privatsektoren und Staat in zahlreichen Euroländern kreditfinanzierte Schulden angehäuft, die nun abzubauen sind. Dieses Deleveraging dämpft die Kreditentwicklung, das Wachstum und die Inflation. Gleichzeitig sind Wachstum und Preissteigerungen (im Rahmen der Zielinflation) aber unverzichtbar, um hohe Schulden tragfähig zu halten und Schuldenquoten allmählich zu senken. Ein entscheidendes wirtschaftspolitisches Instrument zur Stärkung des angebotsseitigen Wachstumspotenzials sind Strukturreformen.

Denn Strukturreformen, die Märkte stärker öffnen und die Wettbewerbsintensität erhöhen, haben vielfältige positive Wirkungen. Beispielsweise spornt höherer Konkurrenzdruck die Unternehmen an, kosteneffizienter, kundenorientierter und vor allem innovativer zu werden. Damit werden die Effizienz und Produktivität verbessert, was wiederum die preisliche internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhöht. Innovationen und mehr Kundenorientierung sind zudem wichtig zur Steigerung der nichtpreislichen internationalen Wettbewerbsfähigkeit.¹

Diese positiven Effekte von Strukturreformen und dem Abbau von übermäßigen unternehmensbezogenen Regulierungen werden durch zahlreiche empirische Studien und Länderbeispiele bestätigt:

¹ Zudem können sie die soziale Gerechtigkeit erhöhen, wenn vormals zugunsten von Insidern abgeschottete Märkte stärker geöffnet werden, sodass arbeitslose Outsider besseren Zugang erhalten.

- So ist die empirische Evidenz zu den positiven Wirkungen derartiger Reformen auf Wachstum, Produktivität und Beschäftigung sehr umfangreich.² Bei Ländern mit vormals hohen Regulierungen sind diese Effekte gewöhnlich besonders ausgeprägt (EZB, 2014a, 67). Tabelle 1 zeigt die Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) für die Länder der Euroraum-Peripherie, die auf einem Teil der hier erwähnten Studien aufbauen. Demnach winken auf lange Sicht erhebliche Wachstumsdividenden von Strukturreformen, mit denen die betreffenden Länder ihren Rückstand gegenüber den drei Staaten mit der jeweils besten Regulierung über einen längeren Zeitraum um die Hälfte verringern.
- Darüber hinaus zeigen die Erfahrungen von Staaten, die in Krisenzeiten umfangreiche Reformen ergriffen haben, dass sich eine solche Strategie mittelfristig auszahlt. Dazu zählen die USA, das Vereinigte Königreich und die Niederlande Anfang der 1980er Jahre, einige nordische Staaten in den 1990er Jahren und Deutschland im vergangenen Jahrzehnt.

Tabelle 1: Wirkung von Strukturreformen in der Euroraum-Peripherie

Wirkung auf das BIP, Abweichung vom Basisszenario in Prozent

Nach Ablauf von ... Jahren	1	2	5	Langfristig
Produktmarktreformen	0,3	0,6	2,4	10,0
Arbeitsmarktreformen	0,6	1,1	1,6	3,5
Kombination von Produkt- und Arbeitsmarktreformen	0,9	1,8	4,2	14,5

Annahme: In den jeweiligen Reformbereichen verringern die Länder der Euroraum-Peripherie den Abstand zum Durchschnitt der jeweils drei besten Länder innerhalb von 13 Jahren um die Hälfte, wobei in den ersten fünf Jahren ein Frontloading stattfindet.

Berechnungen mithilfe des Global Integrated Monetary and Fiscal Model des IWF.

Quelle: Anderson et al. (2014)

1.2. Relevanz von Strukturreformen für den Währungsraum

Neben der gegenwärtigen Wachstumsschwäche haben sich allerdings auch grundlegende Schwierigkeiten in der EWU gezeigt. In dieser Studie geht es weniger um Probleme im institutionellen Regelwerk (siehe dazu Matthes/Busch, 2012), sondern um die Frage, wie gut die Euro-Mitgliedstaaten zueinander passen und wie funktionsfähig die Währungsunion ist.

² Für generelle Studien siehe Nicoletti/Scarpetta (2003), Djankov et al. (2006), Bouis/Duval (2011), Bassanini et al. (2013); für einen kurzen Überblick siehe Kolev/Matthes (2013, 82 ff.); für einen expliziten Bezug zum Euroraum siehe Varga et al. (2014), Canton et al. (2014), Anderson et al. (2014), für einen kurzen Überblick hierzu siehe EZB (2014a, 63 ff.); für Studien zu einzelnen Ländern wie Italien siehe Forni et al. (2010), Annicchiarico (2012), Lusinyan/Muir (2013), Mocci et al. (2014).

Diese Frage steht im Mittelpunkt der Theorie des optimalen Währungsraums³, deren Hauptkenntnisse wie folgt kursorisch zusammengefasst werden können: Ausgangspunkt ist der eingeschränkte wirtschaftspolitische Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten einer Währungsunion, da sie auf eine eigene Währungspolitik und Geldpolitik verzichten. Im Fall asymmetrisch wirkender ökonomischer Schocks, die beispielsweise die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verschlechtern, kann ein Mitgliedstaat folglich nicht mehr seine Währung abwerten. Zudem kann er einer möglicherweise resultierenden Rezession nicht mehr mit länderspezifischen Zinssenkungen entgegenwirken.

Daher sind andere ökonomische Anpassungsmechanismen nötig, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Vor allem Löhne und Preise müssen in den Mitgliedstaaten hinreichend flexibel sein. Zudem braucht eine Volkswirtschaft stärker als zuvor die Fähigkeit zu wirtschaftlichem Wandel, wenn es durch exogene Schocks zu einer Fehlallokation von Ressourcen gekommen ist. Weiterhin können grenzüberschreitende Arbeitskräftemobilität und Finanzmarktintegration helfen, die Effekte asymmetrisch wirkender Schocks abzufedern. Darüber hinaus postuliert die Theorie des optimalen Währungsraums, dass die Mitgliedstaaten in ökonomischer Hinsicht hinreichend ähnlich sein sollten.

Diese Voraussetzungen waren vor dem Beginn der EWU noch nicht ausreichend gegeben. Dies betrifft zunächst die traditionell recht große Heterogenität der Euroländer, besonders im Hinblick auf Arbeits- und Produktmarktregulierung. Zudem waren Löhne und Preise vor allem in den meisten südeuropäischen Ländern relativ unflexibel (Dickens et al., 2007; Holden/Wulfsberg, 2007). Dies galt gerade in Bezug auf den Konjunkturverlauf: Im Boom stiegen die Löhne zwar recht stark, aber in Rezessionen war die Rigidität nach unten hoch (Matthes, 2009; Heinz/Rusinova, 2011). In der Folge kam es vor der Währungsunion häufig zu einer Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, die damals noch durch nominale Abwertungen ausgeglichen werden konnte.

Da dies nach Beginn der EWU nicht mehr möglich war, bestand die Hoffnung, dass sich die für Lohn- und Preissetzung relevanten ökonomischen Institutionen – also endogen – an die neuen Herausforderungen anpassen und die nötige Flexibilität gewährleisten würden (Grauwe, 2007; Mongelli, 2008; Handler, 2013). Diese Hoffnung auf eine endogene Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Währungsunion erfüllte sich in den ersten Jahren der EWU jedoch nicht hinreichend – asymmetrische Schocks blieben relevant und die Löhne relativ unflexibel (Buscher/Gabrisch, 2012;

³ Einschlägig sind hier die frühen Arbeiten von Mundell (1961), McKinnon (1963) und Kenen (1969), jüngere Surveys finden sich bei Grauwe (2007) und Mongelli (2008).

Pisany-Ferry, 2012; Handler, 2013; Holden/Wulfsberg, 2014).⁴ Vielmehr trug die Lohnpolitik in Südeuropa – teils im Zuge starker Nachfragebooms und häufiger Lohnabschlüsse deutlich über dem Produktivitätsfortschritt – selbst zur Verschlechterung der realen Wechselkurse und damit der preislichen Wettbewerbsfähigkeit in Südeuropa bei.

Erst im Gefolge der globalen Finanzkrise und der Euro-Schuldenkrise kam ein erheblicher Reformdruck auf, der auf mehreren Wegen zu mehr Lohn- und Preisflexibilität und auch zu einer verringerten Heterogenität zwischen den Euroländern beiträgt.

Strukturreformen sind ein zentraler Mechanismus, um die Funktionsfähigkeit der EWU in dieser Hinsicht zu verbessern. Denn rigide Löhne und Preise hängen eng mit der mangelnden Flexibilität auf Arbeits- und Produktmärkten sowie den Mechanismen von Lohnverhandlungssystemen zusammen (Holden/Wulfsberg, 2007; 2014; Babecký et al., 2010; Heinz/Rusinova, 2011; Jaumotte/Morsy, 2012). Jaumotte und Morsy (2012) weisen explizit nach, dass Lohnrigiditäten systematisch und statistisch signifikant mit der Intensität des Beschäftigungsschutzes (gemessen an den OECD-Indikatoren⁵) variieren.

Diese Ergebnisse können politökonomisch mit der Insider-Outsider-Theorie erklärt werden (Lindbeck/Snower, 1988). Insider – im Allgemeinen gut bezahlte und langjährig beschäftigte Arbeitnehmer – sind in der Regel wichtige Wählergruppen in den Parteien und Gewerkschaften. Damit haben Staat und Gewerkschaften tendenziell einen hohen Anreiz, eine Politik im Interesse der Insider zu betreiben, und einen weniger hohen Anreiz, die Interessen der Minderheit von Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten im Blick zu haben. Gerade in Südeuropa sind Insider traditionell durch einen hohen staatlichen Kündigungsschutz abgesichert. Daher können Gewerkschaften tendenziell eine überzogene Lohnpolitik durchsetzen, ohne die Arbeitsplätze der Insider nennenswert zu gefährden. Eine solche Konstellation kann dazu führen, dass die Lohnpolitik nur relativ wenig auf die Konjunkturlage, Arbeitslosigkeit und Wettbewerbsfähigkeit reagiert.

Zudem beeinflussen auch stark regulierte Produktmärkte die Lohn- und vor allem die Preisrigiditäten. Das zeigt sich derzeit beispielsweise in Griechenland. Trotz einer erheblichen Reduktion der Lohnstückkosten haben die griechischen Unternehmen diese Kosteneinsparungen kaum in Form von Preissenkungen an den Markt und die Verbraucher weitergegeben. In der Folge ist der reale effektive Wechselkurs (REWK) auf Basis von Lohnstückkosten zwischen 2009 und 2013 deutlich (um rund 18 Prozent) gesunken, der REWK auf Basis der Exportpreise dagegen mit rund 1 Prozent

⁴ Positiv zu vermerken ist allerdings, dass die Synchronisierung der Konjunkturzyklen zwischen den Euroländern zugenommen hat (Ferreira Lopes/Pina, 2011).

⁵ Diese Indikatoren werden in Kapitel 2 vorgestellt.

sogar noch leicht gestiegen. Eine wichtige Ursache für diese Entwicklung liegt in der geringen Wettbewerbsintensität auf den griechischen Produktmärkten.

Neben ihrem Einfluss auf Lohn- und Preisrigiditäten mindert eine hohe Regulierungsintensität von Arbeits- und Produktmärkten auch die Fähigkeit einer Volkswirtschaft zum Strukturwandel und damit zur Reallokation von Ressourcen. Auch dieser Mechanismus spielt als Anpassungsventil eine wichtige Rolle, wenn wie im aktuellen Fall in Teilen Südeuropas im Zuge von hohen Leistungsdefiziten (und zuweilen auch Immobilienbooms) zu viele Produktionsfaktoren im Sektor nicht handelbarer Güter eingesetzt wurden.

1.3. Gliederungsüberblick

Im Folgenden wird ein Blick auf die Strukturreformen geworfen, die den auf Arbeits- und Produktmärkten erfolgten.⁶ Dabei werden zunächst summarisch Indikatoren für die Regulierungsintensität von Arbeits- und Produktmärkten von OECD und Weltbank betrachtet⁷ (Kapitel 2). Im Folgenden wird ein genauerer Überblick über die Reformen auf den Arbeitsmärkten (Kapitel 3), bei den Lohnverhandlungssystemen (Kapitel 4) und auf den Produktmärkten (Kapitel 5) gegeben. Anschließend wird erörtert, welche Wirkung diese Reformen bereits auf den Arbeitsmärkten zeigen (Kapitel 6). Danach werden die Strukturreformen im Hinblick auf die Heterogenität innerhalb der EWU untersucht (Kapitel 7). Kapitel 8 schließt mit einem Fazit.

2. Indikatoren zu Arbeits- und Produktmarktreformen

Die OECD quantifiziert Regulierungsintensitäten und die Wirkung von Strukturreformen und hat diese damit – bei aller verbleibenden methodischen Problematik – mess- und vergleichbar gemacht.

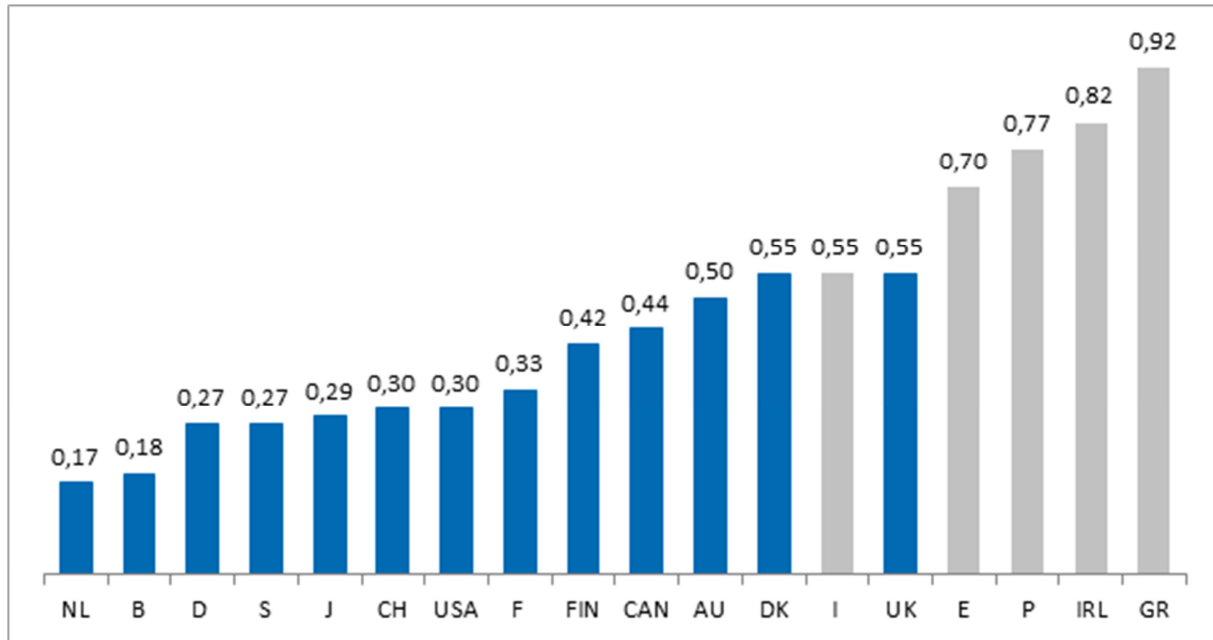
Zunächst wird ein Indikator betrachtet, den die OECD zur Abschätzung der Reformintensität in der Krisenphase entwickelt hat (Abbildung 1). Dabei stellt sie die im Zeitraum 2011/2012 erfolgten wachstumsrelevanten Strukturreformen einzelner Länder in Relation zu den von ihr formulierten Reformempfehlungen in verschiedenen wirtschaftspolitischen Bereichen. Je höher der ausgewiesene Wert, desto größer die Quote der angegangenen Reformen (Abbildung 1). Dabei zeigt sich, dass die Kri-

⁶ Dabei ist zu beachten, dass Reformen von Arbeits- und Produktmarktregulierungen sich gegenseitig beeinflussen und idealerweise auch verstärken können (Berger/Danninger, 2006). Die Literatur zu den Wechselwirkungen kommt jedoch zu keinen eindeutigen Ergebnissen (Cacciatore et al., 2012). Einigkeit besteht jedoch darüber, dass umfassende Reformpakete vorteilhafter sind als einzelne Reformen (Lusinyan/Muir, 2013).

⁷ Der Blick richtet sich dabei auf die südeuropäischen Euroländer und nicht auf Irland, das bereits traditionell deutlich flexiblere Märkte aufweist.

senländer (bis auf Italien) unter den Euroländern mit Abstand am besten abschneiden. Dieser Indikator ist jedoch sehr stark aggregiert.

Abbildung 1: Reformen ausgewählter Euroländer im internationalen Vergleich
Reformrate der OECD



*Reformrate: Quote aus den ergriffenen Reformen in den Jahren 2011 und 2012 in Relation zu den von der OECD im Report Going for Growth im Jahr 2011 aufgelisteten Reformempfehlungen.

Quelle: OECD, 2013

2.1. OECD-Indikatoren zur Marktrigidität

Um diese Evidenz zu spezifizieren und auf die hier untersuchten Strukturreformen zu fokussieren, werden im Folgenden die einschlägigen OECD-Indikatoren für die Regulierung von Arbeits- und Produktmärkten betrachtet:

- Erstens wird der aggregierte Beschäftigungsschutzindikator (EPL – Employment Protection Legislation) für reguläre Beschäftigung verwendet, da dieser besonders relevant für den Schutz von Insidern ist. Es werden Aspekte erfasst wie die Schwierigkeit von individuellen Entlassungen (u. a. Abfindungen, Wiedereinstellungserfordernisse und administrative Anforderungen) und von Massenentlassungen. Der Indikator wird in einer Abgrenzung verwendet, die bis 1998 – also der Zeit vor dem Beginn der EWU – zurückreicht.⁸

⁸ Es sind auch Indikatoren für temporäre Beschäftigung verfügbar. Beim aggregierten Indikator für temporäre Beschäftigung werden vor allem Befristungsmöglichkeiten und Zeitarbeitsregelungen abgebildet. Bei beiden Indikatorgruppen (für reguläre und temporäre Beschäftigung) werden gesetzliche und tarifvertragliche Rahmenbedingungen ebenso erfasst wie das Richterrecht. Die Indikatoren sind in

- Zweitens wird der aggregierte Produktmarkt-Regulierungs-Indikator (PMR – Product Market Regulation) betrachtet. Dieser umfasst die die Indikatorengruppen staatliche Kontrolle von Märkten, Unternehmensregulierung sowie Hemmnisse für Handel und Investitionen, die jeweils noch tiefer untergliedert sind. Konzeptionell erfasst die OECD-Indikatoren, die die Wettbewerbsintensität auf Produktmärkten einschränkt. Hierzu zählen Regulierungen, die die Zahl der Anbieter begrenzen, die Fähigkeit (oder Anreize) von Unternehmen behindern, mit bestehenden Firmen zu konkurrieren, oder die Wahl- oder Informationsmöglichkeiten von Verbrauchern einschränken und auf diese Weise die Wettbewerbsintensität mindern (OECD, 2014, Kapitel 2, 67 f.).⁹

Abbildung 2 und 3 verdeutlichen in der Gesamtbetrachtung Folgendes: Die südeuropäischen Staaten haben die Regulierungsintensität ihrer Arbeits- und Produktmärkte seit 1998 meist stärker als die übrigen Euroländer reduziert. Bei beiden Regulierungskategorien ragt Portugal mit den größten Fortschritten heraus, gehört aber auch zu den Ländern mit der höchsten anfänglichen Regulierungsintensität. Unter den besten drei Reformstaaten findet sich in beiden Fällen auch Griechenland.

Im Ergebnis schneiden einzelne Krisenstaaten inzwischen bei einigen Indikatoren sogar besser ab als der EWU-Durchschnitt, obwohl sich dieser ebenfalls verbessert hat. Das gilt beim Beschäftigungsschutz für Griechenland und Spanien sowie bei der Produktmarktregulierung für Spanien, und marginal auch für Italien und Portugal.

Die OECD führt neben diesen Gesamt-Indikatoren auch Unter-Indikatoren auf, die für Wettbewerbsintensität und Strukturwandelfähigkeit von Volkswirtschaften relevant erscheinen. Auch hier weisen die meisten südeuropäischen Länder seit 1998 überdurchschnittliche Fortschritte auf:

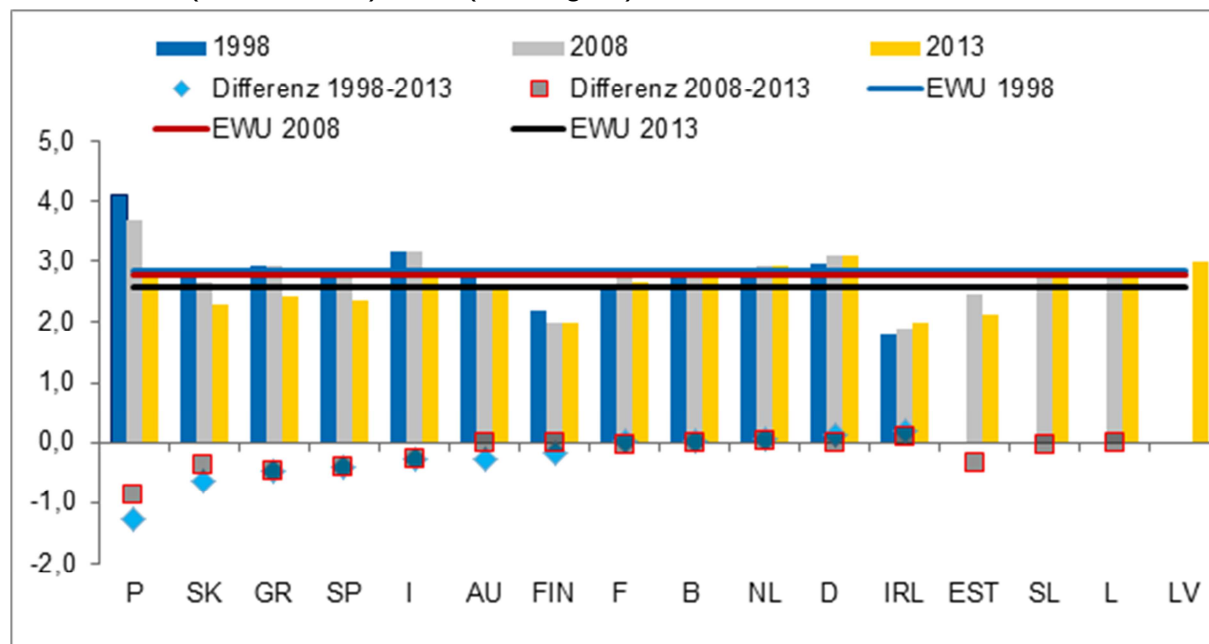
- Bei der Intensität von Preiskontrollen weisen alle südeuropäischen Länder große Verbesserungen auf, allerdings ausgehend von einem meist sehr hohen anfänglichen Regulierungsniveau.

leicht verschiedenen Abgrenzungen verfügbar, die unterschiedlich weit in die Vergangenheit zurückreichen (OECD, 2013a, Kapitel 2; siehe zudem die OECD-Internetseite <http://www.oecd.org/employment/emp/oecdindicatorsofemploymentprotection.htm>).

⁹ Für weitere Informationen siehe die Internetseite der OECD <http://www.oecd.org/economy/growth/indicatorsofproductmarketregulationhomepage.htm#Sources>).

Abbildung 2: Beschäftigungsschutzregulierung

Skala von 0 (sehr flexibel) bis 6 (sehr rigide)

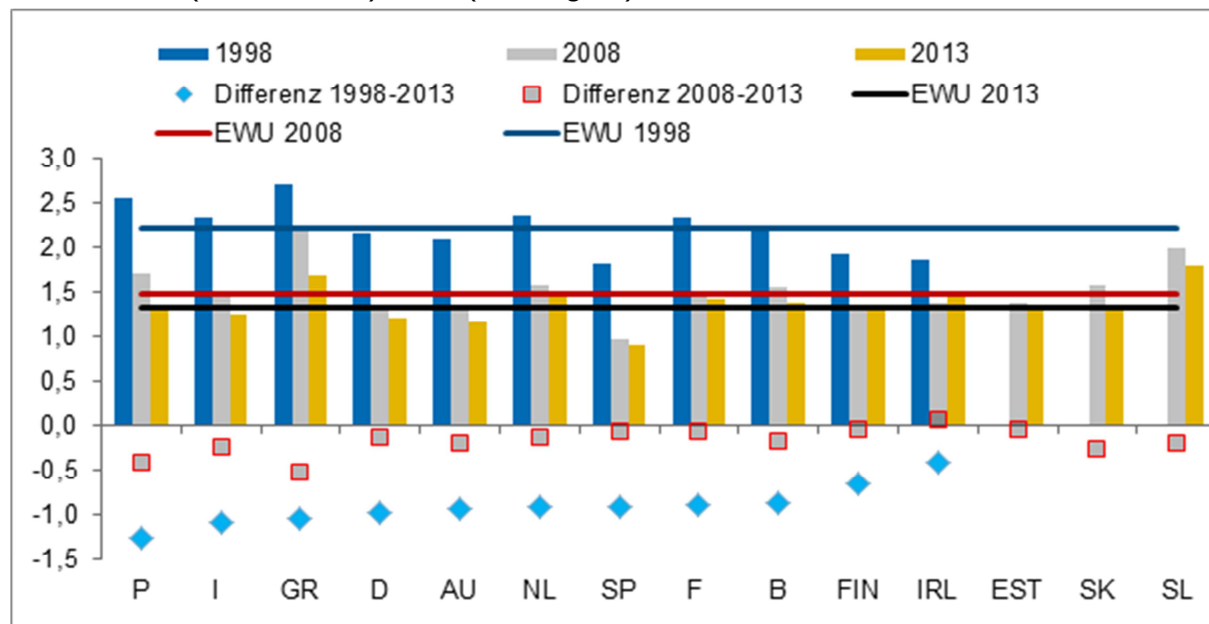


*Für reguläre Arbeitsverträge und bei individuellen oder kollektiven Entlassungen.

Quellen: OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Abbildung 3: Produktmarktregulierung

Skala von 0 (sehr flexibel) bis 6 (sehr rigide)



Quellen: OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

- Bei dem Schutz von etablierten Unternehmen vor neuen Konkurrenten haben die südeuropäischen Staaten (vor allem Italien, nicht aber Spanien) ebenfalls überdurchschnittliche Fortschritte im Vergleich zu dem Durchschnitt der Eurozone

aufzuweisen. Die Regulierungsintensität im Jahr 2013 lag hier nun durchweg nur bei knapp über 1 (auf einer Skala von 0 bis 6).

- Bei der Regulierung temporärer Beschäftigungsverhältnisse sind die Verbesserungen vor allem bei Griechenland und Italien (ausgehend von sehr hohen Niveaus) groß. Doch auch Spanien und Portugal haben sich in dieser Hinsicht überdurchschnittlich verbessert.

Es bleiben allerdings in einigen Ländern teils durchaus noch nennenswerte Problemfelder im Vergleich zum EWU-Durchschnitt. Trotz der Fortschritte sind Preiskontrollen in Griechenland, Portugal und Spanien deutlich überdurchschnittlich intensiv. Bei der Regulierung temporärer Beschäftigung gilt dies vor allem für Spanien, aber auch für Griechenland.

2.2. Weltbank: Doing Business Indikatoren

Auch die Indikatoren der Weltbank zur Unternehmensregulierung zeigen eine deutliche Verbesserung in der jüngeren Vergangenheit (Tabelle 2). Vor allem Griechenland hat sich seit 2009 deutlich verbessert, liegt aber auf Rang 61 noch relativ schlecht platziert. Portugal dagegen rangiert auf Platz 25 recht gut und hat sich ebenfalls deutlich gesteigert. Spanien und Italien haben ihre Unternehmensregulierung ebenfalls merklich verbessert und rangieren zwischen Portugal und Griechenland.

Tabelle 2: Doing Business Ranking

	Rang 2014	Rang 2009*
Portugal	25	48
Spanien	33	62
Italien	56	78
Griechenland	61	109

Rang: Das Land mit der unternehmensfreundlichsten Regulierung hat Rang 1.

*Die Rankings der Doing Business Ausgaben 2015 und 2010 (Bezugspunkt ist jeweils der Juni des Vorjahres) sind nicht vollständig vergleichbar, da im Jahr 2015 (2009) 189 (183) Länder bewertet wurden und es zudem methodische Veränderungen gab.

Quelle: Weltbank, Doing Business Datenbank

Besondere Fortschritte gab es im Bereich der Unternehmensgründung (siehe Kapitel 5). Doch bei anderen Unterkategorien bleiben noch erhebliche Reformbedarfe, vor allem bei der Vertragsdurchsetzung in Italien und Griechenland, beim Kreditsystem in Italien, Griechenland und Portugal, bei der Eigentumsregistrierung in Griechenland sowie bei Baugenehmigungen in Italien, Griechenland und Spanien.

Im Folgenden werden diese summarischen und daher recht abstrakten Bewertungen der OECD und der Weltbank durch einen Blick auf die erfolgten Reformen in den Be-

reichen Arbeitsmarktregulierung, Lohnsysteme und Produktmarktregulierung konkretisiert. Dabei wird auf die Reformen seit dem Jahr 2008 fokussiert (siehe dazu auch Deutsche Bundesbank 2014a; European Commission, 2014d).

3. Reformen der Arbeitsmarktregulierung im Überblick

Tabelle 3 gibt einen Überblick über die in den ehemaligen Krisenländern erfolgten Reformen bei der Arbeitsmarktregulierung. Die Reformkategorien wurden mit Blick auf das Ziel ausgewählt, die Lohn- und generell die Arbeitsmarktflexibilität zu erhöhen sowie den Strukturwandel durch eine Reallokation des Faktors Arbeit zu erleichtern:

- So behindert ein hoher Kündigungsschutz (etwa durch rigide Freisetzungsbedingungen oder hohe Abfindungserfordernisse) die Reallokationsfähigkeit des Arbeitsmarktes, indem er Entlassungen (auch bei wirtschaftlichen Problemen) erschwert und zudem als Einstellungshemmnis für neue Arbeitskräfte wirken kann. Zudem kann er die Bereitschaft der festangestellten Arbeitnehmer vermindern, geringere Lohnsteigerungen oder gar Lohnkürzungen hinzunehmen, die für eine Anpassung an Schocks oder bei hoher Arbeitslosigkeit angebracht sein können.
- Strikte Regeln für Befristungen, Zeitarbeit und Probezeiten vermindern die Chancen von Erwerbslosen, (wieder) in den Arbeitsmarkt einzutreten und damit auch das Ausmaß der Lohnkonkurrenz gegenüber den Festangestellten.
- Eine großzügige Arbeitslosenunterstützung vermindert die Anreize von Erwerbslosen zur Stellensuche und kann über den abgeleiteten Anspruchslohn die Lohnflexibilität nach unten begrenzen.

3.1. Überblick

Tabelle 3: Reformen der Arbeitsmarktregulierung seit 2008

	P	SP	GR	I
Lockerung Kündigungsschutz				
Lockerung von Entlassungsbedingungen	x	x	(x)	(x)*
Kürzung von Abfindungen	x	x	x	
Verkürzung von Kündigungsfristen	x	x	x	
Erleichterung von Befristungen / Probezeiten / Zeitarbeit	x	x	x*	x
Arbeitslosenversicherung: Minderung von Fehlanreizen	x	x		

x: nennenswerte Reform, (x) partielle Reform, *weitere Reformen in Umsetzung. Detailliertere Informationen auf Anfrage beim Autor erhältlich.

Quelle: eigene Zusammenstellung und Bewertung auf Basis von Informationen vor allem aus Ländersurveys von OECD und IWF, Reformumsetzungsberichten der Programmländer, Berichten im Rahmen des Europäischen Semesters und der World Bank Doing Business Datenbank.

Tabelle 3 zeigt, dass vor allem Spanien und Portugal in den hier als relevant identifizierten Bereichen nennenswerte Reformen umgesetzt haben. In leicht abgeschwächtem Maß gilt das auch für Griechenland und eingeschränkt auch für Italien. Diese Einschätzung vertreten auch internationale Organisationen wie der IWF, die OECD und die EU-Kommission – auch wenn sie meist zu Recht in Teilbereichen mehr oder weniger stark auf weitere Reformen drängen (siehe Quellenangabe von Tabelle 3). Einige ausgewählte Beispiele illustrieren dies:

3.2. Länderfokus

Portugal

- Senkung des vormals sehr hohen Kündigungsschutzes für individuelle Freisetzen unter anderem durch mehr Spielraum bei mangelnder Eignung oder Leistung des Arbeitnehmers (Auswahl dabei zunächst nach Leistung und Qualifikation statt nach Betriebszugehörigkeit);
- Abfindungszahlungen und Kündigungsfristen wurden verringert¹⁰;
- Verlängerung der maximalen Dauer von befristeten Arbeitsverträgen;
- vormals sehr hohe Arbeitslosenunterstützung wurde gesenkt mit Blick auf Höhe und Dauer der Zahlung.

Spanien

- Erleichterung individueller Entlassungen bei wirtschaftlichen Problemen des Unternehmens. Massenentlassungen sind jetzt ohne staatlichen Genehmigung ohne Verhandlungen mit Arbeitnehmervertretern möglich;
- Abfindungszahlungen und Kündigungsfristen wurden signifikant verringert;
- Einführung eines neuen standardisierten dauerhaften Arbeitsvertrags für KMU mit einjähriger Probezeit;
- Lohnersatzrate bei der Arbeitslosenversicherung wurde reduziert und Kontrollen wurden verstärkt, ob Arbeitslose hinreichend aktiv nach einer Stelle suchen und ihre Beschäftigungsfähigkeit verbessern.

Griechenland¹¹

- verringerte Schwellenwerte für Massenentlassungen;

¹⁰ Der IWF (IMF, 2014b) sieht allerdings in den deutlichen Unterschieden der Abfindungshöhe zwischen gerechtfertigten und nicht gerechtfertigten Entlassungen einen starken Anreiz für Arbeitnehmer, vor Gericht zu klagen, und fordert daher eine Annäherung der Abfindungszahlungen.

¹¹ Die im Januar 2015 neu gewählte Regierung will einige dieser Reformen wieder rückgängig machen. Wie weit dies gegen den Widerstand der Troika durchsetzbar ist, bleibt abzuwarten.

- Abfindungszahlungen und Kündigungsfristen wurden signifikant verringert;
- Verlängerung der Probezeit, mehr Flexibilität bei Befristungen, Reform der Zeitarbeit noch in der Umsetzung.

Italien

- Kündigungsschutz für unbefristet Beschäftigte wurde etwas gelockert (Wiedereinstellungserfordernis eingeschränkt bei gerichtlich als ungerechtfertigt befundenen Entlassungen, vor allem bei nachvollziehbar ökonomischen Gründen) und sehr lange Streitverfahren wurden etwas verkürzt (Einführung von verpflichtenden Schlichtungsverfahren und beschleunigten Gerichtsverfahren)¹². Im Dezember 2014 wurde weitergehende Lockerung des Kündigungsschutzes für unbefristet Beschäftigte beschlossen;
- Befristungen sind bis zu drei Jahre lang immer wieder verlängerbar und ohne formale Begründung möglich.

4. Reformen der Lohnfindungssysteme

Die relativ starke Rigidität der Löhne in den meisten südeuropäischen Staaten und die damit verbundene Gefahr von längerfristigen Aufwertungen des realen Wechselkurses hängen eng mit der Funktionsweise der Lohnfindungssysteme zusammen. Verschiedene Elemente trugen dazu bei, dass sich Lohnveränderungen nur relativ wenig an der Produktivitätsentwicklung und der Konjunkturlage orientierten (European Commission, 2011; für Griechenland: European Commission, 2012):¹³

- Generell mangelte es an Dezentralisierung und Betriebsnähe bei der Lohnfindung. Gesamtwirtschafts- oder branchenbezogene Tarifverträge galten als sehr umfassend. Oft wurden sie auch nicht tarifgebundenen Unternehmen und nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern oktroyiert. Aufgrund eines Mangels an Öffnungsklauseln hatten daher (gerade kleinere) Betriebe mit wirtschaftlichen Problemen kaum die Möglichkeit, Löhne, Arbeitszeiten und andere Arbeitsbedingungen anzupassen. Trotz schwacher Produktivitätsentwicklung waren sie zu überfordernden Lohnerhöhungen und zu Entlassungen gezwungen, die bei mehr Lohnflexibilität nicht nötig gewesen wären.

¹² Diese Reform wurde aufgrund politischer Umstände teilweise verwässert und daher häufig als fehlgeschlagen kritisiert (u. a. Barley, 2012). Doch sind Entlassungen aus nachvollziehbar ökonomischen Gründen gleichwohl de facto erleichtert worden (Cencig, 2012). Das hat zu einer höheren Austrittsflexibilität, verkürzten Kündigungsverfahren und einer verringerten Anzahl an gerichtlich oktroyierten Wiedereinstellungen geführt (European Commission, 2014c).

¹³ In der Folge reagierten die Löhne wie oben erwähnt nicht nur zu wenig auf eine exogene Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit, sondern trugen endogen mit dazu bei, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit verschlechterte.

- Lang laufende Tarifverträge und lange Nachwirkungsfristen ausgelaufener Tarifverträge erschwerten eine schnelle Reaktion der Lohnpolitik auf konjunkturelle Entwicklungen.
- Teilweise orientierten sich die Tarifpartner mehr oder weniger explizit an der Inflationsentwicklung. Bei moderaten Inflationsraten, aber sehr schwacher Produktivitätsentwicklung in einigen südeuropäischen Staaten trug diese Strategie zu einer Erhöhung der Lohnstückkosten bei, obwohl sich die Reallöhne nur recht moderat entwickelten (Matthes, 2008).

4.1. Überblick

Tabelle 4 macht deutlich, dass es inzwischen zu erheblichen Reformen der Lohnfindungssysteme in den ehemaligen Krisenstaaten in Richtung auf mehr Dezentralität gekommen ist.

Tabelle 4: Reformen der Lohnfindungssysteme seit 2008

	P	SP	GR	I
Dezentralisierung / mehr Betriebsnähe				
Priorität für Firmentarifverträge	(x)	x	x	
Verringerung von Allgemeinverbindlichkeit	(x)		x	(x)
(Mehr) Öffnungsklauseln		x	x	x
Ausdehnung von Arbeitszeitflexibilität	x	x	x	x
Abschlussrecht für Nicht-Gewerkschaftler	(x)		x	
Verkürzung Dauer / Nachwirkung Tarifverträge	x	x	x	
Lohnindexierung (Abschaffung/Minderung)		x		x
Senkung (Einfrieren) gesetzlicher Mindestlöhne	(x)		x	
Weitere Lohnkosteneinsparungen	x		x	x

x: nennenswerte Reform, (x) partielle Reform. Detailliertere Informationen auf Anfrage beim Autor erhältlich.

Quelle: eigene Zusammenstellung und Bewertung auf Basis von Informationen vor allem von Eurofound sowie aus Ländersurveys von OECD und IWF, Reformumsetzungsberichten der Programmländer und Berichten im Rahmen des Europäischen Semesters

Dahinter steht das Ziel, die Lohnentwicklung reagibler auf Produktivitätsfortschritt und Wirtschaftslage zu machen. Besonders große Reformen gab es demnach in Griechenland, deutliche Reformen aber auch in Spanien, Portugal und Italien (in absteigender Reihenfolge). Der Befund erheblicher Reformfortschritte wird für diese Länder (mit gewisser Abschwächung bei Italien) auch von Marginson und Welz (2014) geteilt.

Diese summarische Bewertung lässt sich durch ausgewählte wichtige konkrete Reformelemente ergänzen (siehe Quellenangabe von Tabelle 4):

4.2. Länderfokus

Portugal

- Neue Priorität von betrieblichen Tarifvereinbarungen vor sektor- oder provinzweiten Abkommen, auch wenn Erstere niedrigere Standards enthalten;
- Abschaffung der Ausdehnung von sektorweiten Tarifvereinbarungen auf nicht tarifgebundene Firmen, wenn weniger als die Hälfte der Arbeitnehmer in tarifgebundenen Firmen arbeitet. Dies hat zu einem deutlichen Rückgang der Ausdehnung sektorweiter Abkommen von 48 in 2010 auf lediglich zwölf in 2012 geführt (Eurofound, 2013);¹⁴
- Erlaubnis für Betriebsräte („works councils“), in größeren Firmen (über 500 Beschäftigte) Tarifverhandlungen zu führen (allerdings nur mit Zustimmung der Gewerkschaften);
- Nachwirkungsdauer ausgelaufener Tarifverträge auf in der Regel 18 Monate verkürzt;
- Einführung von Arbeitszeitkonten zur Erhöhung der Arbeitszeitflexibilität und zur Minderung von Überstundenzuschlägen;
- Mindestlöhne wurden eingefroren;
- Kürzung von Überstundenzuschlägen, Streichung von drei Urlaubs- und vier Feiertagen.

Spanien

- Neue explizite Priorität von betrieblichen Tarifvereinbarungen vor sektor- oder provinzweiten, auch wenn sie niedrigere Standards enthalten;
- Einführung sehr weitgehender betrieblicher Öffnungsklauseln (Abweichung von tarifvertraglichen Vereinbarungen bei Löhnen, Arbeitszeiten und anderen Arbeitsbedingungen ohne Verhandlung mit dem Betriebsrat, es ist lediglich die Angabe von ökonomischen, technischen oder organisatorischen Gründen nötig). Diese Öffnungsklauseln werden zunehmend genutzt (Kingdom of Spain, 2013);
- Arbeitszeitflexibilisierung wurde deutlich gestärkt;
- Verkürzung der Nachwirkungsdauer ausgelaufener Tarifverträge („ultra activity“) auf in der Regel zwölf Monate;
- Lohnindexierung (Lohnleitlinien der Tarifpartner beinhalten keine Inflationsvorhersagen mehr) weitgehend abgeschafft.

¹⁴ Allerdings sind die Ausdehnungsmöglichkeiten im Jahr 2014 wieder erleichtert worden, sodass abzuwarten bleibt, wie weit die größere betriebliche Flexibilität erhalten bleiben wird.

Griechenland¹⁵

- Neue Priorität von betrieblichen Tarifvereinbarungen vor sektor- oder provinzwweiten, auch wenn sie niedrigere Standards enthalten;
- Ausdehnung von sektorweiten Tarifvereinbarungen auf nicht tarifgebundene Firmen weitgehend abgeschafft;
- Erlaubnis für Arbeitnehmervertreter, in kleineren Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten Tarifverhandlungen zu führen;
- weitgehende Öffnungsklauseln für Unternehmen mit wirtschaftlichen Problemen im Hinblick auf Löhne, Arbeitszeiten und andere Arbeitsbedingungen;
- maximale Laufzeit von Tarifverträgen auf drei Jahre verkürzt;
- Verkürzung der Nachwirkungsdauer ausgelaufener Tarifverträge auf lediglich drei Monate bei automatischer Lohnkürzung nach Auslaufen (zur Erhöhung des Anreizes von Neuverhandlungen);
- Jahresarbeitszeitkonten zur Erhöhung der Arbeitszeitflexibilität und zur Minderung von Überstundenzuschlägen eingeführt (Arrangements ähnlich der deutschen Kurzarbeit möglich);
- Kürzung der gesetzlichen Mindestlöhne um mehr als ein Fünftel (um rund ein Drittel für Beschäftigte unter 25 Jahren);
- Überstundenzuschläge reduziert.

Italien

- Weitgehende betriebliche Öffnungsklauseln eingeführt („proximity and modifying agreements“); Abweichung von Tarifverträgen und sogar gesetzlichen Bestimmungen möglich bei wirtschaftlichen Problemen¹⁶;
- Möglichkeiten zur Arbeitszeitflexibilisierung damit deutlich gestärkt;
- Ausdehnung von Tarifverträgen auf alle Unternehmen infrage gestellt durch die gerichtliche Sanktionierung einer sehr weitgehenden tarifvertraglichen Abweichung durch FIAT (Broughton et al., 2013);

¹⁵ Die im Januar 2015 neu gewählte Regierung will einige dieser Reformen wieder rückgängig machen. Wie weit dies gegen den Widerstand der Troika durchsetzbar ist, bleibt abzuwarten.

¹⁶ Die staatlich oktroyierte Einführung von „proximity agreements“ im September 2011 stieß dabei in Italien zunächst auf sehr starken Widerstand der Gewerkschaften (Cencig, 2012; Broughton et al., 2013). Dies beeinträchtigte deren Nutzung. Zudem war nicht geklärt, welche von mehreren in einem Unternehmen vertretenen Gewerkschaften das Recht hatte, eine betriebliche Öffnungsklausel mit der Unternehmensleitung zu verhandeln. Im Mai 2013 konnte eine Einigung zwischen den relevanten Gewerkschaften über die Zuständigkeit für sogenannte „modifying agreements“ erzielt werden, die eine Übertragung der erzielten Vereinbarung auf alle Arbeitnehmer in einem Unternehmen ermöglicht. Dieser Einigung wird eine wichtige Bedeutung für die industriellen Beziehungen in Italien beigemessen, da die Gewerkschaften traditionell stark untereinander zerstritten waren (Broughton et al., 2013). Allerdings bleibt weiter abzuwarten, wie sich die veränderten industriellen Beziehungen dauerhaft auf die Lohnfindung auswirken.

- Minderung der impliziten Lohnindexierung durch Abkommen der Tarifpartner, Löhne mehr an Produktivitätsanstieg und Wettbewerbsfähigkeit zu orientieren;
- Nominallöhne zwischen 2011 und 2013 in Teilen der Wirtschaft eingefroren.

5. Produktmarktreformen im Überblick

Produktmarktregulierungen können Wettbewerbsintensität, Firmen-Neugründungen sowie Preis- und Reallokationsflexibilität einer Volkswirtschaft hemmen und so die Anpassung an veränderte ökonomische Bedingungen und exogene Schocks erschweren. Zudem bewirken regulierungsbedingt überhöhte Preise, die zu ökonomischen Renten von Insidern führen, geringere Realeinkommen der Verbraucher. Sie erhöhen auch das Kostenniveau von Vorleistungen in Sektoren, die auf Inputs aus den regulierten Branchen angewiesen sind, und können so die Wettbewerbsfähigkeit dieser Branchen beeinträchtigen.¹⁷

Daher wird im Folgenden neben der Funktionsfähigkeit der Wettbewerbsordnung und der Regulierungsintensität bei Unternehmensgründungen auch die Regulierung wichtiger Vorleistungslieferanten betrachtet: freie Berufe und netzgebundene Branchen (vor allem Strom, Gas und Telekommunikation). Zudem wird auch die Regulierung des Einzelhandels betrachtet, da diese Branche für die Endverbraucher von besonderer Bedeutung ist.

5.1. Überblick

Tabelle 5: Reformen der Produktmarktregulierung seit 2008

	P	SP	GR	I
Wettbewerbsordnung	x	x*	x	x
Unternehmensgründung	x	(x)	x	x
Freie Berufe	x*	(x)	x*	x
Netzgebundene Industrien	x	x	(x)*	(x)
Einzelhandel	(x)	(x)	x	x

x: nennenswerte Reform, (x) partielle Reform, *weitere Reformen in Umsetzung. Detailliertere Informationen auf Anfrage beim Autor erhältlich.

Quelle: eigene Zusammenstellung und Bewertung auf Basis von Informationen vor allem aus Ländersurveys von OECD und IWF, Reformumsetzungsberichten der Programmländer, Berichten im Rahmen des Europäischen Semesters und der World Bank Doing Business Datenbank

¹⁷ Barone und Cingano (2011) weisen nach, dass Länder mit einer geringeren Regulierung des Dienstleistungssektors in Branchen, die Dienstleistungen relativ intensiv nutzen, ein relativ höheres Wachstum von Wertschöpfung, Produktivität und Exporten aufweisen. Corres-López und Doménech (2014) bestätigen dies mit Blick auf die Exportentwicklung für spanische Unternehmen.

Der summarische Überblick in Tabelle 5 fokussiert erneut auf die Zeit nach 2008 und wird durch die folgenden Beispiele illustriert (siehe Quellenangabe von Tabelle 5). Bei deren Interpretation ist wie zuvor zu beachten, dass trotz der hier dokumentierten Fortschritte in den betrachteten Ländern weiterhin in Teilbereichen Reformbedarf besteht (siehe auch Kapitel 2).¹⁸

5.2. Länderfokus

Portugal

- Wettbewerbsordnung gestärkt durch Verbesserung der Unabhängigkeit und mehr Autonomie der Wettbewerbsbehörden, Einführung eines neuen auf Wettbewerbsfragen spezialisierten Gerichts und weitere Anpassung an wettbewerbsrechtliche EU-Richtlinien;
- Unternehmensgründung vereinfacht durch mehrere Teilschritte (u. a. starke Reduzierung des einzuzahlenden Mindestkapitals). Zudem Bürokratieabbau durch vereinfachte Lizenzierungen, Grundsatz der Zero-Authorisation, „online point of single contact“, Bürokratiekostenanalyse, „one-in/one-out rule“;
- Reform freier Berufe (Schwerpunkt erst 2014, noch abzuschließen): umfassender horizontaler Ansatz mit Abbau unnötiger Eintrittsbarrieren und Ausübungsrichtlinien. Zudem breite Reformagenda im Sektorspezifischen Bereichen (67 davon zum Programmabschluss Anfang 2014 vollzogen);
- netzgebundene Branchen: Liberalisierung und mehr Wettbewerbsorientierung bei Post, Telekommunikation, Eisenbahn, Gas- und Elektrizität;
- Einzelhandel: Lizenzierungsverfahren vereinfacht und weiterer Bürokratieabbau.

Spanien

Da Spanien im Jahr 2008 bereits eine recht gute Bewertung der OECD bei der Produktmarktregulierung hatte, waren die Reformerfordernisse insgesamt etwas geringer. Gleichwohl lassen sich weitere Fortschritte erkennen (IMF, 2014a), vor allem bei der Unternehmensgründung (siehe unten) sowie bei der Schaffung einer Wettbewerbsbehörde für wichtige Sektoren und bei netzgebundenen Industrien, wo laut IWF

¹⁸ Spezielle Unter-Indikatoren der OECD-Produktmarktregulierung für 2013 geben hier auch Hinweise, stellen aber nicht mehr den aktuellen Stand dar. So schneiden auf dieser Basis bei der Regulierung freier Berufe vor allem Portugal und Griechenland weiterhin relativ schlecht ab. Doch sind in beiden Ländern in der Zwischenzeit weitere Fortschritte erfolgt. Ähnliches gilt für netzgebundene Branchen, in denen allein Griechenland in 2013 noch deutlich zurückliegt, aber weitere Reformen unternimmt. Lediglich im Einzelhandel scheinen deutliche Reformbedarfe vor allem in Italien und Spanien, aber auch in Griechenland zu bleiben, wobei die Informationslage in den hier verwendeten Quellen dünn ist.

teilweise weitere Liberalisierungen geplant sind. Darüber hinaus ist Spanien dabei, die Fragmentierung des Binnenmarktes durch eine groß angelegte Reform („market unity law“) des Regulierungswesens aufzubrechen, das durch die Dreigliedrigkeit der Regierungsebenen entstanden ist (European Commission, 2014b).

Griechenland

- Wettbewerbsbehörde gestärkt durch mehr Unabhängigkeit, mehr Harmonisierung mit EU-Regeln und mehr Autonomie bei der Prioritätensetzung durch die Behörde. Die OECD (2013b) erkennt positive anfängliche Effekte dieser Reformen.
- Erleichterung von Unternehmensgründungen (Kostensenkung, Schaffung neuer Unternehmensform ohne Kapitaleinzahlung, Online-Vernetzung von Ministerien). Zudem genereller Bürokratieabbau (u. a. bei Baugenehmigungen und Fast-Track-Verfahren bei größeren Investitionsprojekten);
- Liberalisierung freier Berufe: Rund drei Viertel von rund 350 regulierten Berufsordnungen durch den weitgehenden Abbau unnötiger Vorschriften für Wettbewerb geöffnet (Fortsetzung, aber partielle Implementationsverzögerungen);
- netzgebundene Industrien: grundlegende Liberalisierung des ineffizienten Elektrizitätssektors (u. a. fortschreitende Privatisierung des Elektrizitätsmonopolisten) und konkret geplante Liberalisierung des Gassektors;
- Einzelhandel-Liberalisierung vor allem durch vereinfachte Lizenzierung, verkürzte Mindestmietdauer von Ladengeschäften. Im Ergebnis deutlich reduzierte Preisaufschläge bereits zwischen 2007 und 2011 (OECD, 2013b).

Italien

- Wettbewerbsordnung gestärkt durch mehr Kompetenzen der Wettbewerbsbehörde (etwa in Form von Klagen gegen Beschlüsse regionaler Behörden);
- Unternehmensgründungen in mehreren Schritten erleichtert (beispielsweise durch bürokratische Vereinfachungen und faktische Abschaffung von Mindestkapitalanforderungen);
- freie Berufe: Liberalisierung und Verbesserung der Wettbewerbsintensität, vor allem durch Erleichterungen bei Zugang, Ausbildung und Werbung, durch Abschaffung von Mindest-Vergütungen, obligatorische Erhöhung der Anzahl von Notaren und Apotheken sowie die durch die Erlaubnis zum Vertrieb gewisser verschreibungspflichtiger Medikamente auch von apothekenähnlichen Geschäften;
- netzgebundene Branchen: Liberalisierung und mehr Wettbewerbsorientierung durch neue sektorspezifische Regulierungsbehörden, Entkoppelung von Produktion und netzgebundenem Vertrieb im Gassektor und Abkoppelung des Gaspreises vom Ölpreis;

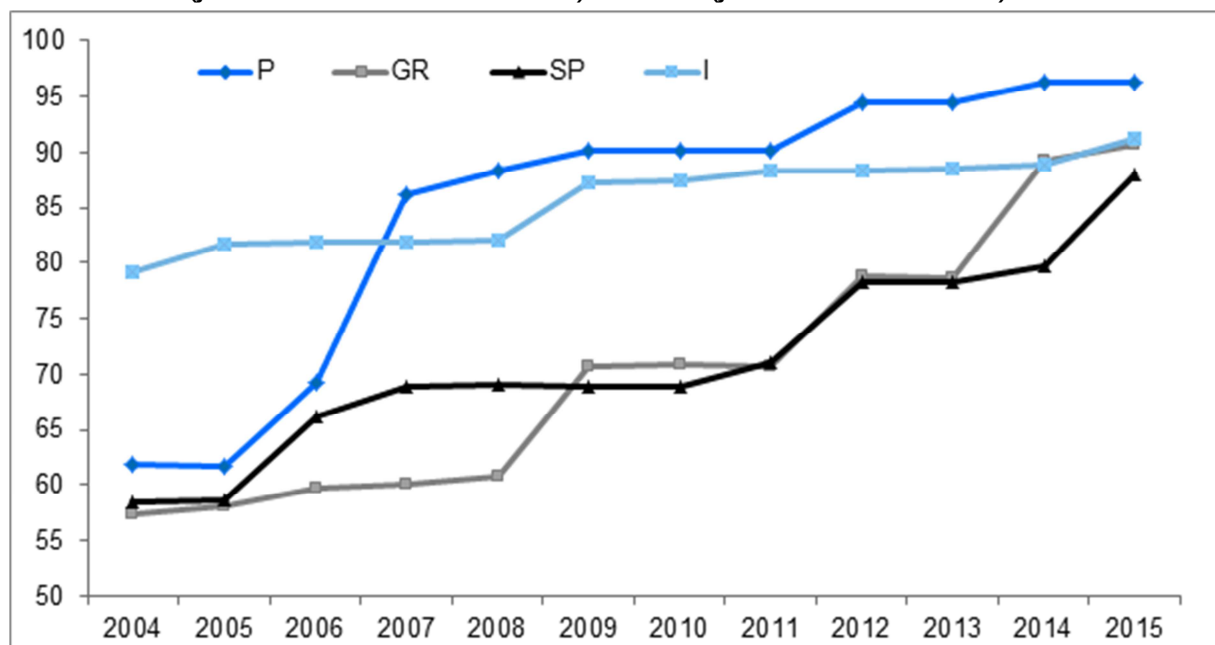
- Einzelhandel: Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten (bei weiterhin hoher Regulierungsintensität im Einzelhandel).

5.3. Fokus Unternehmensgründungen

Abschließend wird die Veränderung der Regulierung bei Unternehmensgründungen für die betrachteten Krisenländer auf Basis von Daten der Doing Business Datenbank der Weltbank dargestellt. Abbildung 4 zeigt, dass es hier seit Mitte des letzten Jahrzehnts, aber besonders ab 2008 zu starken Verbesserungen gekommen ist.

Abbildung 4: Regulierungsintensität von Unternehmensgründungen

Abstand zur Bewertung des jeweils besten Landes;
Skala von 0 (jeweils schlechtestes Land) bis 100 (jeweils bestes Land)



Quelle: Weltbank Doing Business Database

6. Reformwirkungen auf die Lohn- und Arbeitsmarktentwicklung

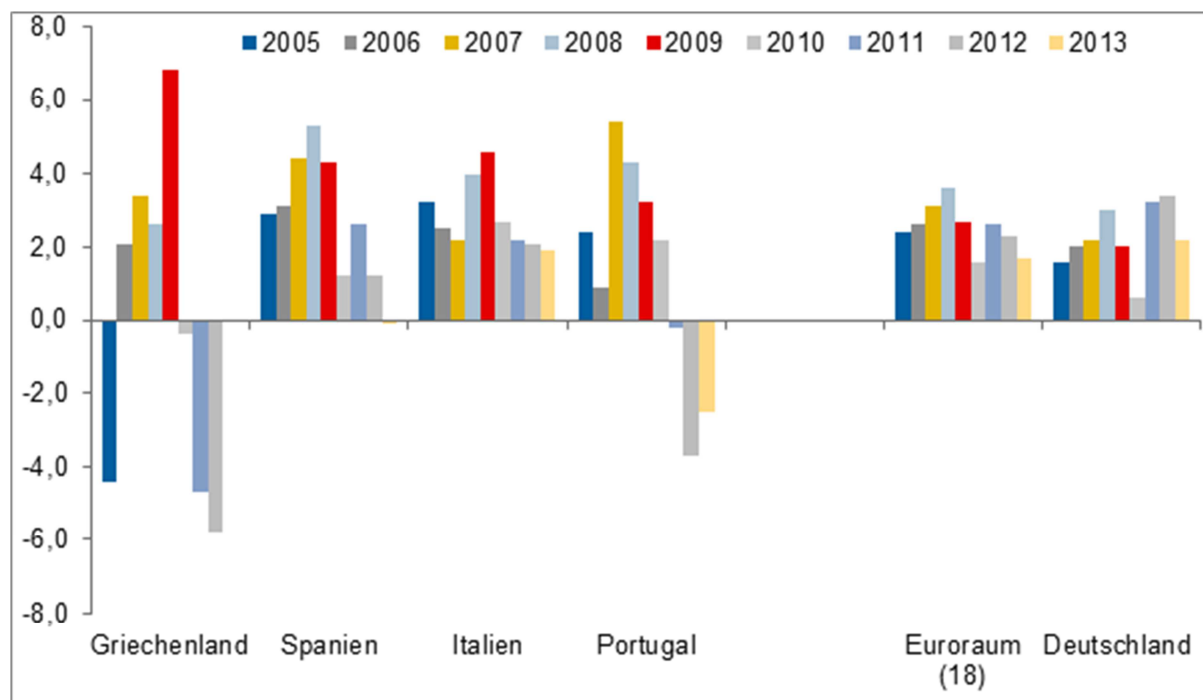
Angeichts der strukturellen Reformen auf den Arbeits- und Produktmärkten sowie in den Lohnfindungssystemen stellt sich die Frage, wie weit diese sich bereits in einer flexibleren Lohnpolitik niederschlagen. Ein Blick auf die Entwicklung der Löhne und Gehälter in den vergangenen Jahren gibt darüber Aufschluss (Abbildung 5).¹⁹ Dabei

¹⁹ Die Deutsche Bundesbank (2014b, 26) verweist darauf, dass die Lohnzurückhaltung eher noch größer ausgefallen sein dürfte als in den verfügbaren Daten ersichtlich. Denn es dürften vorwiegend geringer qualifizierte und relativ gering entlohnte Arbeitnehmer entlassen worden sein. Damit resultiert ein Struktureffekt: Die ausgewiesene aggregierte Lohnentwicklung dürfte die Veränderung der individuellen Löhne damit tendenziell überzeichnen. Für Spanien wird dieser Effekt von Orsini (2014) ebenfalls betont.

zeigt sich, dass es vor allem in Griechenland und Portugal zu erheblichen Anpassungen gekommen ist (siehe dazu auch Deutsche Bundesbank, 2014b, 23 ff.). Im Vergleich zur Entwicklung im Euroraum ist seit dem Jahr 2010 auch in Spanien eine deutlich unterdurchschnittliche Lohnentwicklung festzustellen. Dies gilt nur eingeschränkt für Italien bis einschließlich 2013, doch hier zeigt sich eine Abschwächung der Lohndynamik deutlich unter den Eurozonen-Durchschnitt in den bislang verfügbaren Quartalsdaten im Jahr 2014.

Abbildung 5: Löhne und Gehälter in der gewerblichen Wirtschaft

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Quelle: Eurostat

Darüber hinaus stellen mehrere Studien einen direkten Zusammenhang zwischen den Reformen und der Lohn- und Arbeitsmarktperspective her:²⁰

- Für Portugal gilt das beispielsweise für die Entwicklung der Lohnstückkosten und den Beschäftigungsaufbau seit 2013 – gerade auch bei dauerhaften Arbeitsverträgen (European Commission, 2014a; IMF, 2014b). Bemerkenswert ist, dass die (saisonbereinigte) Arbeitslosenquote von einem Maximum von 17,6 Prozent im ersten Quartal 2013 auf 13,6 Prozent im dritten Quartal 2014 gesunken ist.
- Bei Spanien werden zum Beispiel eine höhere Intensität bei der Arbeitssuche und eine größere Lohnflexibilität auf betrieblicher Ebene konstatiert. Die damit verbundene stärkere Ausrichtung der Lohnpolitik an der ökonomischen Situation wird

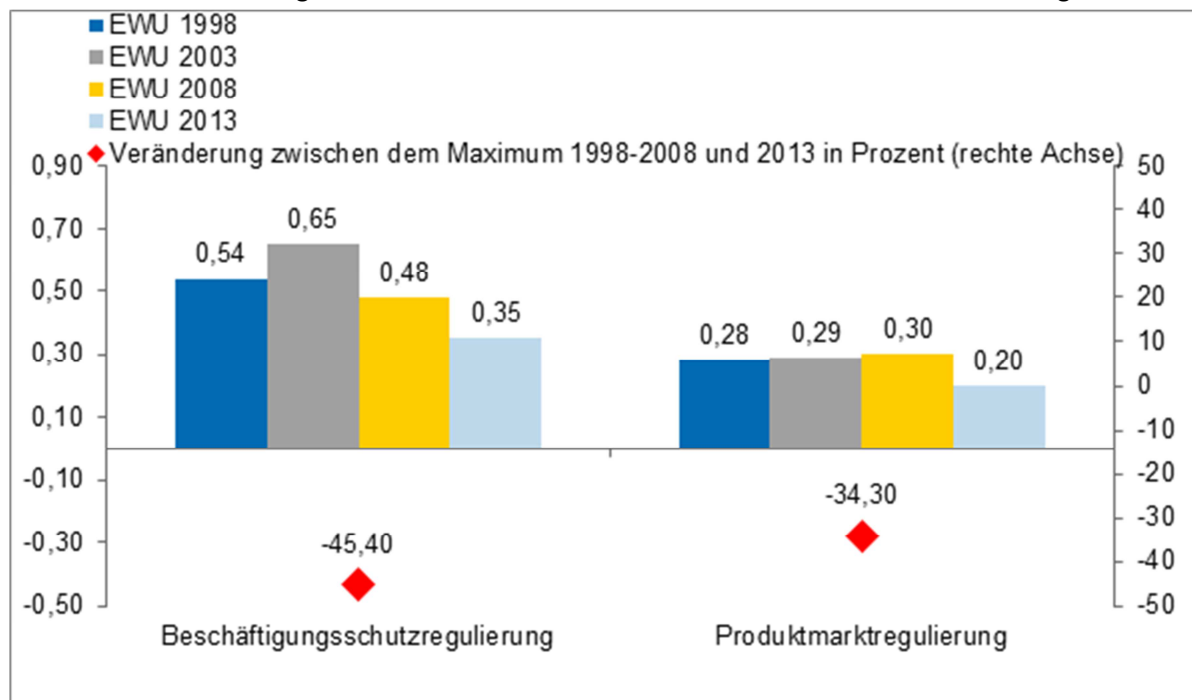
²⁰ Für eine Bestandsaufnahme der aktuellen Arbeitsmarktentwicklung in den südeuropäischen Euro-ländern siehe auch Deutsche Bundesbank (2014c, 23 ff.)

insofern positiv hervorgehoben, als sie zu einem geringeren Anstieg der Arbeitslosigkeit und jüngst auch zu einem nennenswerten Beschäftigungsaufbau vor allem bei KMU beigetragen haben dürfte (IMF, 2013; European Commission, 2014b; Orsini/Vila Nuñez, 2014). Der IWF (IMF, 2014a) stellt fest, dass die Reformen die Beschäftigungsschwelle des Wachstum gesenkt haben dürfte.

- Für Griechenland werden ebenfalls schon seit längerem Reformwirkungen auf die Lohnentwicklung konstatiert (European Commission, 2012). Sie erstrecken sich inzwischen nicht mehr nur auf deutliche Lohnanpassungen, eine verbesserte kostenmäßige Wettbewerbsfähigkeit und generell auf eine höhere Reagibilität der Löhne in Bezug auf die konjunkturelle Entwicklung. Zudem dürften die Reformen im Jahr 2013 zu einer – trotz einer negativen Wirtschaftsentwicklung – dynamischeren Entwicklung von Neueinstellungen geführt haben (European Commission, 2014e).
- In Italien sind bislang nur erste Anhaltspunkte für eine Reformwirkung auf die Lohnentwicklung sichtbar.

Abbildung 6: Streuung der Regulierungsintensität im Euroraum

Standardabweichung zwischen den EWU-Ländern und deren Veränderung



Quellen: OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

7. Verringerung der Heterogenität zwischen den Euroländern

Neben einer höheren Lohnflexibilität ist im Kontext der Theorie des optimalen Währungsraums darüber hinaus wichtig, dass sich die Heterogenität zwischen den EWU-Ländern bei der Rigidität der Arbeits- und Produktmärkte verringert hat. Damit sind

die Euroländer einander ähnlicher geworden, was über den Einfluss auf die Lohn- und Preisflexibilität die Funktionsfähigkeit des einheitlichen Währungsraums verbessern sollte. Abbildung 6 zeigt, dass die Standardabweichung (als Heterogenitätsmaß) bei der Beschäftigungsschutzregulierung um knapp die Hälfte und bei der Produktmarktregulierung um rund ein Drittel gesunken ist.

Die Standardabweichung hat sich auch bei den Unter-Indikatoren der Produktmarktregulierung gegenüber dem Maximum zwischen 1998 und 2008 deutlich verringert. Besonders stark gilt dies für den Schutz etablierter Unternehmen (–62 Prozent), die Regulierung freier Berufe (–46 Prozent) und die Preiskontrollen (–43 Prozent).

8. Fazit und Ausblick

8.1. Fazit

Die globale Finanzmarktkrise und die Euro-Schuldenkrise haben verschiedene ökonomische Probleme des Euroraums aufgedeckt und verschärft. Sie betreffen zum einen die Funktionsfähigkeit der Währungsunion im Kontext der Theorie des optimalen Währungsraums. Hier geht es neben einer bislang zu großen Heterogenität der Euroländer vor allem um die mangelnde Reagibilität von Löhnen und Preisen in Südeuropa. Letztere haben maßgeblich zu den entstandenen ökonomischen Ungleichgewichten und im Gefolge der Krise zu einem sehr starken Anstieg der Arbeitslosigkeit beigetragen. Zum anderen leiden vor allem die südeuropäischen Krisenländer unter strukturellen Wachstumsschwächen, die nicht zuletzt im Zusammenhang mit rigiden Märkten stehen. Weitere Probleme dämpfen in kurz- bis mittelfristiger Sicht das Wachstum: So haben die hohen und anhaltenden Leistungsbilanzdefizite der meisten dieser Länder vor der Krise zu einer Fehlallokation von Ressourcen im Sektor nicht handelbarer Güter geführt, der nun zu korrigieren ist. Zudem gingen die Leistungsbilanzdefizite mit einem Schuldenaufbau im Privatsektor einher und die Staatsschulden stiegen durch die Folgen der globalen Finanzmarktkrise.

Strukturreformen in den südeuropäischen Krisenländern adressieren diese Probleme: Sie verringern die Heterogenität der Euroländer, erhöhen die Flexibilität von Löhnen und Preisen und erleichtern den Strukturwandel. So verbessern sie die Funktionsfähigkeit der Währungsunion. Zudem erhöhen sie die Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven. Es wird aufgezeigt, dass die südeuropäischen Euroländer – trotz verbleibenden Reformbedarfs – deutliche Reformfortschritte erzielt haben:

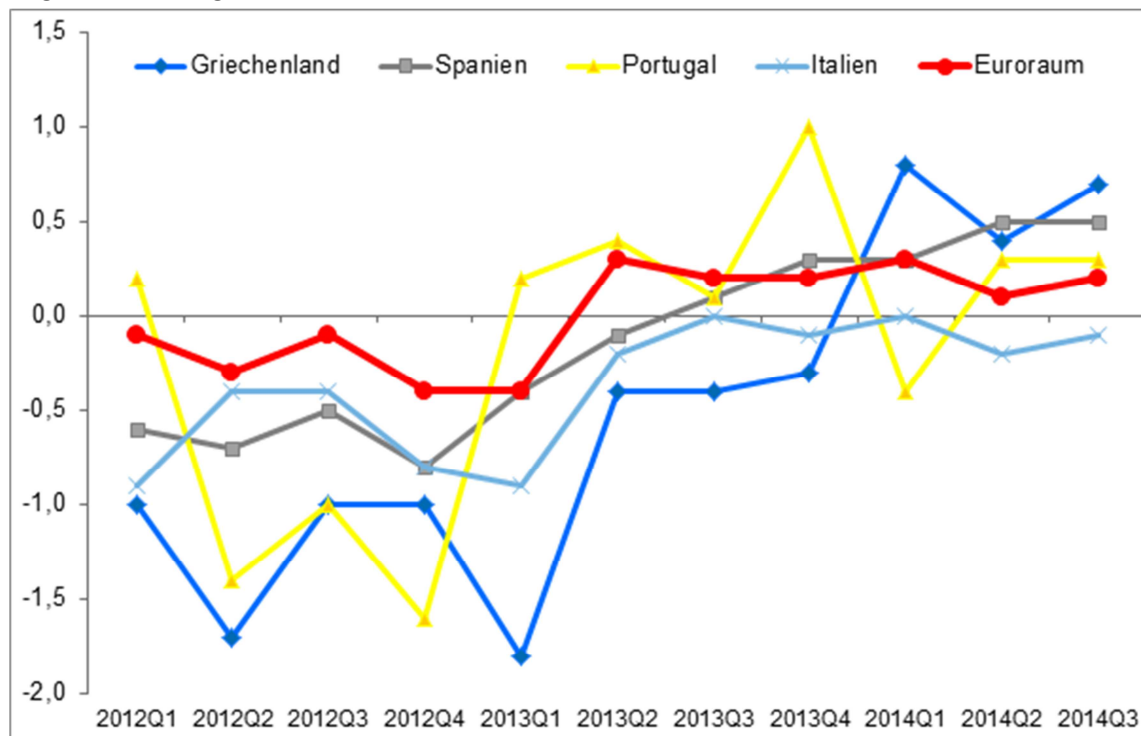
- Bei der Beschäftigungsschutzregulierung haben Portugal, Griechenland und Spanien zwischen 2008 und 2013 die größten Verbesserungen unter den Euroländern erreicht.
- Bei der Flexibilisierung der Lohnverhandlungssysteme machte vor allem Griechenland in diesem Zeitraum große Fortschritte, deutliche Reformen gab es aber auch in Spanien, Portugal und Italien (in absteigender Reihenfolge).

- Die Produktmarktliberalisierung haben vor allem Griechenland und Portugal seit 2008 sehr deutlich flexibilisiert, Italien folgt mit gewissem Abstand.
- Besondere Fortschritte sind durchweg bei administrativen Vorschriften bei Unternehmensgründungen zu verzeichnen.

Es zeigen sich erste Hinweise, dass die Strukturreformen zu einer größeren Lohnflexibilität und einer besseren Arbeitsmarktpformance beigetragen haben. Zudem hat sich die Heterogenität zwischen den Euroländern deutlich verbessert – gemessen als Standardabweichung von Indikatoren zum Beschäftigungsschutz und zur Produktmarktregulierung.

Abbildung 7: Wachstum

Veränderung des realen BIP gegenüber Vorquartal in Prozent, saison- und arbeits-täglich bereinigt



Quelle: Eurostat

Es scheint, dass die Reformen auch beginnen, die erhoffte Wachstumsdividende abzuwerfen. Darauf deutet die jüngere relativ gute BIP-Entwicklung hin. Abbildung 7 verdeutlicht, dass die vormaligen Krisenstaaten Griechenland, Spanien und Portugal im Jahr 2014 deutlich überdurchschnittlich relativ zum Euroraum gewachsen sind. Das gilt jedoch nicht für Italien, wo unter Ministerpräsident Mario Monti zwar ein gewisser Reformschub erfolgte, aber der erhebliche verbleibende Reformbedarf wurde erst in jüngster Zeit von Matteo Renzi angegangen.

Nach der bemerkenswert umfangreichen Reformaktivität in Griechenland, Portugal und Spanien rechnet der IWF in seiner jüngsten Mittelfristprognose vom Oktober

2014 bis 2019 dort mit einer weiterhin überdurchschnittlichen Wachstumsleistung. Dies ist von hoher Relevanz für die weitere Entwicklung des Konvergenzprozesses dieser Länder mit Blick auf das Pro-Kopf-BIP. Die Konvergenz war vor der Krise bis 2007 innerhalb des Euroraums relativ stark ausgeprägt und brach danach rapide ab (Goecke, 2013). Wenn die IWF-Prognose zutrifft, würden vor allem Griechenland und Spanien und in geringerem Maß auch Portugal den Rückstand des Pro-Kopf-BIP (auf Basis von Kaufkraftparitäten) gegenüber Deutschland nach 2014 wieder verringern. Dies gilt jedoch nicht für Italien.

Daher muss hier erneut betont werden, dass – nicht nur in Italien – Reformen konsequent zu implementieren sind und der Reformkurs fortgesetzt werden muss. Dies gilt besonders für die Bereiche, in denen hier noch relevanter Reformbedarf identifiziert worden ist und in denen die südeuropäischen Euroländer noch deutlich zurückliegen.

8.2. Reformhemmnisse

Es wird allerdings gegenwärtig darüber diskutiert, Strukturreformen aus **ökonomischen Gründen** hinauszuschieben. So wird auf möglicherweise signifikante dämpfende kurzfristige Effekte von Strukturreformen in Zeiten sehr niedriger Zinsen verwiesen (Eggertson et al., 2014). Bei Leitzinsen nahe an der Nullgrenze („zero lower bound“) – so die Argumentation – könnten preissenkende Effekte von Produktmarktreformen zu höheren Realzinsen führen und damit die Wirtschaftsaktivität dämpfen. Diese Diskussion droht den Reformeifer zu mindern.

Die Befürchtung, Strukturreformen würden zu negativen Kurzfristeffekten in relevanter Größenordnung führen, lässt sich jedoch in mehrfacher Hinsicht aus theoretischer Sicht relativieren (EZB, 2014a, 65 f.). So berücksichtigen Eggertson et al. (2014) in ihrem wenig komplexen DSGE-Modell nicht, dass

- die EZB für eine expansive Geldpolitik alternative Instrumente als nur Zinssenkungen hat (und aktuell auch nutzt),
- Strukturreformen in der Regel zu einem Anstieg der Profitabilität von Investitionen, der verfügbaren Einkommen und der Wettbewerbsfähigkeit führen (Vogel, 2014),
- schon Erwartungen eines zukünftigen Vermögensanstiegs (in Reaktion auf heutige Reformen) zu einer Expansion der Wirtschaftsaktivität führen können (Fernandez-Villaverde/Rubio-Ramirez, 2011).

Daher verwundert es in empirischer Hinsicht nicht, dass die meisten anderen DSGE-Modelle keine oder nur zu vernachlässigende kurzfristige Kosten von Strukturreformen ermitteln (Bouis/Duval, 2011; Annicchiarico et al, 2013; Varga et al, 2013). Nicht modellgestützte ökonometrische Schätzungen auf Basis von Ländervergleichen kommen tendenziell zu ähnlichen Ergebnissen (Bouis et al., 2012).

Daher darf der Verweis auf nicht ganz auszuschließende, aber letztlich eng begrenzte negative Kurzfristeffekte nicht als Anlass dafür dienen, nötige Reformen hinauszuschieben. Zudem gilt es, beim Design der Reformen darauf zu achten, möglichst umfassende Reformen mit Synergieeffekten zu ergreifen, um mögliche dämpfende Effekte einzelner Reformen kompensieren zu können.

Darüber hinaus könnten auch **politische Faktoren** den Reformelan mindern oder sogar zu einer Reformumkehr führen. Das kann beispielsweise geschehen, wenn die Menschen in den Krisenländern nicht bald erkennen, dass sich die Reformen gelohnt haben, weil spürbar mehr Wachstum und Beschäftigung entstehen. Aktuell wird das am Beispiel Griechenland nach der Wahl im Januar 2015 überdeutlich. Auch in Spanien, wo im Herbst 2015 Wahlen anstehen, ist mit Podemos eine reformkritische Partei aufgekommen. Und in Italien braucht Matteo Renzi bald Erfolge, um seine fragile Regierungskoalition weiterhin zusammenzuhalten.

8.3. Ausblick

Damit die Strukturreformen fühlbare und nachhaltige Erfolge bringen, ist ein hinreichend starker Aufschwung nötig. Erfahrungsgemäß entfalten die Reformen erst dann ihre volle Wirkungskraft. Bleibt die wirtschaftliche Entwicklung aber zu anämisch, droht – wegen immer breiter werdenden Widerstands im Euroraum – ein Scheitern der Reformstrategie der Bundesregierung, die (neben einer konsequenten Konsolidierung) auf Strukturreformen als zentrales Heilmittel der Euro-Schuldenkrise setzt. Eine anhaltende Nachfrageschwäche droht zudem das Angebotspotenzial zu schwächen, etwa über einen mangelnden Ausbau des Kapitalstocks oder durch einen Qualifikationsverfall bei Langzeitarbeitslosen. Dies könnte eine Verbesserung der Angebotsbedingungen durch die erfolgten Strukturreformen teilweise konterkarieren.

Tatsächlich hat der Aufschwung, der sich noch Anfang 2014 abzeichnete und der im Jahr 2015 an Schwung gewinnen sollte, im Lauf des Jahres 2014 deutlich an Kraft verloren. Auch die südeuropäischen Krisenländer mit guter Reformbilanz wurden davon in Mitleidenschaft gezogen. Hinter dieser Verlangsamung dürfte – neben geopolitischen Risiken und einer schwächeren Entwicklung der Schwellenländer – auch stehen, dass die relativ hohe Verschuldung des Privatsektors in den Krisenländern die Kreditvergabe und damit die wirtschaftliche Entwicklung dämpft (IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2014). Sorge bereitet vor allem die massive Investitionsschwäche im Euroraum, die auch im Vergleich zu Erholungsphasen nach früheren Finanzkrisen und der Systemkrise besonders stark ausgeprägt ist (EZB, 2014b, 69 ff.).

Doch sprechen derzeit wichtige Indikatoren für einen wieder erstarkenden Aufschwung im Euroraum. So weisen zahlreiche konjunkturelle Frühindikatoren zuletzt wieder aufwärts, nicht nur in Deutschland. Dieser Trend dürfte sich in der Breite der

Eurozone fortsetzen. Dafür sprechen vor allem die stark gefallenen Ölpreise, der deutlich gesunkenen Eurokurs und die sehr expansive Geldpolitik der EZB. Damit steigt die Hoffnung, dass sich ein selbst tragender Aufschwung etabliert, der die Wirkung der Strukturreformen nach und nach voll zur Entfaltung kommen lässt.

Literatur

Anderson, Derek / **Barkbu**, Bergljot / **Lusinyan**, Lusine / **Muir**, Dirk, 2014, Assessing the Gains from Structural Reforms for Jobs and Growth, in: IMF, Jobs and Growth: Supporting the European Recovery, Washington D.C.

Annicchiarico, Barbara / **Di Dio**, Fabio / **Felici**, Francesco, 2012, Structural Reforms and the Potential Effects on the Italian Economy, in: Journal of Policy Modeling, 35. Jg., Nr. 1, S. 88–109

Babecký, Jan / **Du Caju**, Philipp / **Kosma**, Theodora / **Lawless**, Martina / **Messina**, Julián / **Rõõm**, Tairi, 2010, Downward nominal and real wage rigidity: survey evidence from European firms, in: Scandinavian Journal of Economics, 112. Jg., Nr. 4, S. 884–910

Barley, Richard, 2012, Italian Labour Market Reforms fall short of Full Monti, Wall Street Journal Online, v. 10.4.2012, <http://online.wsj.com/articles/SB10001424052702303815404577335131896025126> [4.12.2014]

Barone, Guglielmo / **Cingano**, Frederico, 2011, Service regulation and growth: Evidence from OECD countries, in: Economic Journal, 121. Jg., Nr. 555, S. 931–957

Bassanini, Andrea / **Nunziata**, Luca / **Venn**, Danielle, 2013, Job Protection Legislation and Productivity Growth in OECD Countries, IZA Discussion Paper, Nr. 3555, Bonn

Berger, Helge / **Danninger**, Stephan, 2006, The Employment Effects of Labor and Product Markets Deregulation and their Implications for Structural Reform, CESifo Working Paper, Nr. 1709, München

Bouis, Romain / **Duval**, Romain, 2011, Raising Potential Growth After the Crisis: A Quantitative Assessment of the Potential Gains from Various Structural Reforms in the OECD Area and Beyond, OECD Economics Department Working Papers, Nr. 835, Paris

Bouis, Romain / **Causa**, Rosetta / **Demmou**, Lilas / **Duval**, Romain, 2012, The Short Term Effects of Structural Reforms. An empirical analysis, OECD Economics Department Working Paper, Nr. 949, Paris

Broughton Andrea / **Lazazzara**, Alessandra / **Nacamulli**, Raoul C. D. / **Lesch**, Hagen / **Stettes**, Oliver, 2013, Improving businesses' competitiveness: Recent changes in collective bargaining in 4 European countries (France, Germany, Italy, United Kingdom), Panorama 318A, Entreprise et Personnel, Dublin

Buscher, Herbert / **Gabrisch**, Hubert, 2012, The synchronization of wage dynamics across EMU members: a test of the endogeneity hypothesis, in: Empirica, 39. Jg., S. 327–240

Cacciatore, Matteo / **Duval**, Romain / **Fiori**, Giuseppe, 2012, Short-Term Gain or Pain? A DSGE Model-Based Analysis of the Short-Term Effects of Structural Reforms in Labour and Product Markets, OECD Economics Department Working Paper, Nr. 948, Paris

Canton, Eric / **Grilo**, Isabel / **Monteagudo**, Josefina / **Pierini**, Fabiana / **Turrini**, Alessandro, 2014, The Role of Structural Reform for Adjustment and Growth, ECFIN Economic Brief, Nr. 34, Juni, Brüssel

Cencig, Elisa, 2012, Italy's economy in the euro zone crisis and Monti's reform agenda, SWP Working Paper FG 1, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Corres-López, Mónica / **Doménech**, Rafael, 2014, Does anti-competitive service sector regulation harm exporters? Evidence from Manufacturing firms in Spain, BBVA Research Working Paper, Nr. 14/13, Madrid

Deutsche Bundesbank, 2014a, Monatsbericht Januar, Frankfurt am Main

Deutsche Bundesbank, 2014b, Monatsbericht Mai, Frankfurt am Main

Deutsche Bundesbank, 2014c, Monatsbericht November, Frankfurt am Main

Dickens, William T. / **Goette**, Lorenz / **Groschen**, Erica L. / **Holden**, Steinar / **Messina**, Julian / **Schweitzer**, Mark E. / **Turunen**, Jarkko / **Ward**, Melanie E., 2007, How wages change: micro evidence from the International Wage Flexibility Project, in: Journal of Economic Perspectives, 21. Jg., Nr. 2, S. 195–214

Djankov, Simeon / **McLiesh**, Caralee / **Ramalho**, Rita Maria, 2006, Regulation and Growth, in: Economic Letters, 92. Jg., Nr. 2, S. 395–401

Eggertson, Gauti / **Ferrero**, Andrea / **Raffo**, Andrea, 2014, Can structural reforms help Europe?, in: Journal of Monetary Economics, 61. Jg., Nr. C, S 2–22

Eurofound – European Foundation for the Improvement of Working and Living Conditions, 2013, Impact of the crisis on industrial relations, <http://www.eurofound.europa.eu/docs/eiro/tn1301019s/tn1301019s.pdf> [4.12.2014]

European Commission, 2011, Assessing the Links between Wage Setting, Competitiveness, and Imbalances, Note for the Economic Policy Committee, Ares (2011)666366, Brüssel

European Commission, 2012, The Second Economic Adjustment Programme for Greece, European Economy, Occasional Paper, Nr. 94, März, Brüssel

European Commission, 2014a, Assessment of the 2014 national reform programme and stability programme for Portugal, Commission Staff Working Document, SWD(2014) 423 final, Brüssel

European Commission, 2014b, Assessment of the 2014 national reform programme and stability programme for Spain, Commission Staff Working Document, SWD(2014) 410 final, Brüssel

European Commission, 2014c, Assessment of the 2014 national reform programme and stability programme for Italy, Commission Staff Working Document, SWD(2014) 413, Brüssel

European Commission, 2014d, Survey of Economic Reforms in the European Union 2008–2014, Brüssel

European Commission, 2014e, The Second Economic Adjustment Programme for Greece, Fourth Review, European Economy Occasional Paper, Nr. 192, April, Brüssel

EZB – Europäische Zentralbank, 2014a, Monatsbericht Juli, Frankfurt am Main

EZB – Europäische Zentralbank, 2014b, Monatsbericht Dezember, Frankfurt am Main

Fernandez-Villaverde, Jesus / **Rubio-Ramirez**, Juan F., 2011, Supply side policies at the Zero Lower Bound, NBER Working Paper, Nr. 17543, Cambridge Mass.

Ferreira Lopes, Alexandra / **Pina**, Álvaro, 2011, Business cycles, core, and periphery in monetary unions: comparing Europe and North America, in: Open Economies Review, 22. Jg., S. 565–592

Forni, Lorenzo / **Gerali**, Andrea / **Pisani**, Massimiliano, 2010, Macroeconomic Effects of Greater Competition in the Service Sector: The case of Italy, in: Macroeconomic Dynamics, 15. Jg., Nr. 5, S. 677–708

Goecke, Henry, 2013, Europa driftet auseinander: Ist dies das Ende der realwirtschaftlichen Konvergenz?, in: IW-Trends, 40. Jg., Nr. 4, S. 67–79

Grauwe, Paul de, 2007, Economics of monetary union, Oxford / New York

Handler, Heinz, 2013, The eurozone: piecemeal approach to an optimum currency area, WIFO Working paper, Nr. 446, Wien

Heinz, Frigyes Ferdinand / **Rusinova**, Desislava, 2011, How flexible are real wages in EU countries? A panel investigation, ECB Working paper, Nr. 1360, Frankfurt am Main

Holden, Steinar / **Wulfsberg**, Frederik, 2007, How strong is the macroeconomic case for downward real wage rigidity?, Federal Reserve Bank of Boston, Working paper, Nr. 07-6, Boston

Holden, Steinar / **Wulfsberg**, Frederik, 2014, Wage rigidity, institutions, and inflation, in: The Scandinavian Journal of Economics, 116. Jg., Nr. 2, S. 539-569

IMF – International Monetary Fund, 2013, Spain 2013 Article IV Consultation – Staff Report, IMF Country Report, Nr. 14/192, Juli, Washington D.C.

IMF, 2014a, Spain 2014 Article IV Consultation – Staff Report, IMF Country Report, Nr. 14/192, Juli, Washington D.C.

IMF, 2014b, Portugal – Tenth Review under the Extended Arrangement – Staff Report, IMF Country Report, Nr.14/56, Washington D.C.

IW Forschungsgruppe Konjunktur, 2014, Die deutsche Wirtschaft im Stop-and-go-Modus – IW-Konjunkturprognose Herbst 2014, in: IW-Trends, 41. Jg., Nr. 3, S. 21–71

Jaumotte, Florence / **Morsy**, Hanan, 2012, Determinants of Inflation in the Euro Area: The Role of Labor and Product Market Institutions, IMF Working Paper, Nr. 12/37, Washington D.C.

Kenen, Peter, 1969, The Optimum Currency Area: an eclectic view, in: Mundell, Robert / Swoboda, Alexander (Hrsg.), Monetary problems of the international economy, Chicago / London, S. 41-60

Kingdom of Spain, 2013, National Reform Programme 2013, http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nd/nrp2013_spain_en.pdf [4.12.2014]

Kolev, Galina / **Matthes**, Jürgen, 2013, Smart Fiscal Consolidation, A Strategy for Achieving Sustainable Public Finances and Growth, CES-Studie, Brüssel

Lindbeck, Assar / **Snower**, Dennis J., 1988, The Insider-Outsider Theory of Employment and Unemployment, Cambridge, Mass.

Lusinyan, Lusine / **Muir**, Dirk, 2013, Assessing the Macroeconomic Impact of Structural Reforms: The Case of Italy”, IMF Working paper, WP13/22, Washington D.C.

Marginson, Paul / **Welz**, Christian, 2014, Changes to wage-setting mechanisms in the context of the crisis and the EU’s new economic governance regime, <http://eurofound.europa.eu/observatories/eurwork/comparative-information/changes-to-wage-setting-mechanisms-in-the-context-of-the-crisis-and-the-eus-new-economic-governance> [4.12.2014]

Matthes, Jürgen, 2008, Zunehmende Ungleichgewichte im Euroraum: Gefahr für die Europäische Währungsunion?, in: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Zehn Jahre Euro – Erfahrungen, Erfolge und Herausforderungen, IW-Analysen, Nr. 43, S. 119–150

Matthes, Jürgen, 2009, Ten years EMU – reality test for the OCA-endogeneity hypothesis, economic divergences and future challenges, in: Intereconomics, 44. Jg., Nr. 2, S. 114–128

Matthes, Jürgen / **Busch**, Berthold, 2012, Governance-Reformen im Euroraum – Eine Regelunion gegen Politikversagen, IW-Analysen, Nr. 55, Köln

McKinnon, Ronald, 1963, Optimum Currency Areas, in: American Economic Review, 53. Jg., Nr. 4, S. 717–725

Mocci, Cristina / **Pozzuoli**, Stefania / **Romagnoli**, Francesca / **Tinti**, Cristina, 2014, Deregulation and Growth in Italy, Ministry of Economy and Finance, Working Paper, Nr. 3, Rom

Mongelli, Francesco Paolo, 2008, European economic and monetary integration and the optimum currency area theory, European Economy Economic Paper, Nr. 302, European Commission, Directorate-General for Economic and Financial Affairs, Brüssel

Mundell, Robert, 1961, A Theory of Optimum Currency Areas, in: American Economic Review, 51. Jg., Nr. 4, S. 657–665

Nicoletti, Guiseppe / **Scarpetta**, Stefano, 2003, Regulation, Productivity and Growth: OECD Evidence, OECD Economics Department Working Paper, Nr. 347, Paris

OECD, 2013a, Employment Outlook, Paris

OECD, 2013b, Greece – Country Survey, Paris

OECD, 2014, Going for growth, Paris

Orsini, Kristian, 2014, Wage adjustment in Spain: slow, inefficient and unfair? ECFIN Country Focus, 11. Jg., Nr. 10, November, Brüssel

Orsini, Kristian / **Vila Nuñez**, Sonia, 2014, The Impact of the Spanish labour market reform on the on-the-job search rate, European Commission, ECFIN Country Focus, 11. Jg., Nr. 7, Juni, Brüssel

Pisany-Ferry, Jean, 2012, The known unknowns and the unknown knowns of the EMU, Bruegel policy contribution, Nr. 2012/18, Brüssel

Varga, Janos / **Roeger**, Werner / **'t Veld**, Jan in, 2014, Growth effects of Structural Reforms in Southern Europe: The case of Greece, Italy, Spain and Portugal, European Commission Economic Paper, Nr. 511, Brüssel

Vogel, Lukas, 2014, Structural reforms at the zero bound, European Commission Economic Paper, Nr. 537, Brüssel